



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

Es informiert Sie:	Claudia Kaiser
Telefon:	02104/99-2260
Fax:	
E-Mail:	gesundheitsausschuss@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 10.03.2025

Niederschrift

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Montag, den 24.02.2025, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Carola Rotert

Mitglieder

Ina Bisani	bis 18:42 Uhr
Torsten Cleve	
Wolfgang Diedrich	
Jörg Feldbaum	
Jens Geyer	
Gabriele Hruschka	
Annette Kirchhoff	
Marion Klaus	
Ulrich Klaus	
Nils Lessing	
Markus Meiser	bis 19:22 Uhr
Birgit Onori	
Bastian Pallmeier	bis 18:45 Uhr
Annerose Rohde	
Sybille Schettgen	
Stefan Stahlkopf	

Verwaltung

Melanie Barton
Lucia Eschenfelder
Désirée Geisler
Daniela Hitzemann
Tobias Jahn

Claudia Kaiser
Marcus Kowalczyk
Marie Louis
Thomas Müller
Florian Pinnow
Rolf Rheinschmidt
Frank Schäfer
Jens Schmidt
Christian Schölzel
Dr. Ruzica Susenburger
Ilona Triebel
Alexander Triebs
Dorothea Weiß

Gäste

Wibke Lammert
Jens Lübbe
Anne Rillig
Katja Schenk
Michel Steffens

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Bestellung einer Schriftführerin für den Gesundheitsausschuss 53/001/2025
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.11.2024
4. Informationen der Verwaltung
5. Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Gesundheitsausschusses aus dem Jahr 2024 53/002/2025
6. Vorstellung der Integrativen Kindertagesstätte Velbert hier: mündlicher Bericht
7. Weiterführung der ambulanten Krebsberatungsstelle für den Kreis Mettmann 53/007/2025

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 8. | Hitzeschutzplanungen im Kreis Mettmann | 53/004/2025 |
| 9. | Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes | 53/003/2025 |
| 10. | Zusatzvereinbarung Verhütungsmittelfonds | 53/006/2025 |
| 11. | Bericht über die Entwicklung der Verwaltungsverfahren zur Feststellung des Grades einer Behinderung im Jahr 2024 | 57/002/2025 |
| 12. | Infektionsschutzbericht 2024 | 53/005/2025 |
| 13. | Nachträge | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 14. | Informationen der Verwaltung | |
| 15. | Nachträge | |
| | Krankenhaussituation im Kreis Mettmann - Umstrukturierung | 53/008/2025 |
| 15.1. | des Krankenhauses in Langenfeld | |
| | Hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2025 | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende KA Rotert eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Im Anschluss stellt sie die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung wurde fristgerecht am 11.02.2025 versendet.

Die Vorsitzende stellt die Anwesenheit fest. In der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ist KA Rohde für KA Düchting anwesend. Ferner wird in der SPD-Fraktion KA Stolz durch KA Geyer vertreten. Zudem sind SB Zieger und KA Gafori nicht anwesend.

Abschließend stellt die Vorsitzende die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2025 zur Krankenhaussituation im Kreis Mettmann – Umstrukturierung des Krankenhauses in Langenfeld vor. Die entsprechenden Unterlagen sind als Tischvorlage ausgelegt. KA Geyer begründet die Dringlichkeit des Antrags, welche einstimmig durch die Mitglieder des Gesundheitsausschusses festgestellt wird. Der Antrag wird auf die Tagesordnung unter Tagesordnungspunkt 15.1 aufgenommen.

Als Berichterstatter für den Kreistag zu den Tagesordnungspunkten 7 und 10 wird KA Lessing benannt.

Zu Punkt 2: Bestellung einer Schriftführerin für den Gesundheitsausschuss - Vorlage Nr. 53/001/2025

Die Vorsitzende KA Rotert verweist auf die Vorlage. Der Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss bestellt bis zum Ende der laufenden Wahlperiode Frau Claudia Kaiser zur Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.11.2024

Die Niederschrift der Sitzung vom 11.11.2024 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 4: Informationen der Verwaltung
--

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

Zu Punkt 5: Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Gesundheitsausschusses aus dem Jahr 2024 - Vorlage Nr. 53/002/2025
--

Die Vorsitzende KA Rotert verweist auf die Vorlage. Es liegen keine offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Gesundheitsausschusses aus dem Jahr 2024 vor.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 6: Vorstellung der Integrativen Kindertagesstätte Velbert hier: mündlicher Bericht

KA Rotert begrüßt das Leitungsteam der Integrativen Kindertagesstätte Velbert, Frau Lamert und Herrn Steffens. Dieses stellt sich und seine Arbeit in der Kindertagesstätte sowie das dortige Konzept und den Tagesablauf der Kinder im Rahmen eines kurzen Vortrages vor.

Die Integrative Kindertagesstätte Velbert betreut insgesamt 62 Kinder in vier Gruppen. Hier-von sind zwei Gruppen für Kinder unter drei Jahren sowie zwei Gruppen für Ü 3 Kinder. Alle Gruppen betreuen jeweils fünf Kinder mit Förderbedarf und jeweils zehn bzw. elf Kinder ohne Förderbedarf.

Im Anschluss dankt Herr Schäfer den Vortragenden und freut sich, dass die Kita sich so der Öffentlichkeit präsentieren kann. Er kündigt bereits nähere Ausführungen zur Genehmigungs-praxis des LVR für Kita-Assistenzen für den nicht öffentlichen Teil an.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich ebenfalls für den Vortrag und die geleistete Arbeit.

KA Hruschka bittet um ergänzende Mitteilung zum Anteil an autistischen Kindern, der Anzahl an vakanten Stellen sowie der Unterstützung der Kinder beim Mittagessen.

Das Leitungsteam führt aus, dass sich ca. 25 % der Kinder mit Einschränkungen im Autis-musspektrum befänden, die Tendenz jedoch steigend sei. Personell sei man gut aufgestellt. Die Kindertagesstätte verfüge über vier übergreifende Fachkräfte, die in allen Bereichen un-terstützen. Zudem versuche man regelmäßig Praktikant_innen zu gewinnen. Notwendige As-sistenzleistungen wie z. B. die Unterstützung beim Mittagessen werden daher regelmäßig von den übergreifenden Fachkräften oder Praktikant_innen übernommen.

KA Bisani bittet um Mitteilung möglicher Gründe für den Anstieg von Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern. Zudem bittet sie um nähere Ausführungen zum erwähnten Angebot der Vorschule.

Frau Lammert und Herr Steffens teilen mit, dass sie als Leitungsteam selbst die Gestaltung der Vorschule übernehmen. Beide betonen, dass die Vorschule für die Kinder von sehr großer Bedeutung sei. Der Anstieg an Auffälligkeiten sei nicht durch aussagekräftige Studien belegbar; grundsätzlich seien jedoch u.a. Umwelteinflüsse als mögliche Ursache aufzuführen.

Anschließend erfragt KA Geyer die Anzahl an Kindertageseinrichtungen in Velbert sowie die Anzahl an Kindern, deren Betreuungsbedarf nicht erfüllt werden könne.

Das Leitungsteam führt aus, dass die Stadt Velbert über insgesamt 40 Kindertageseinrichtungen verfüge. Die Verteilung der Plätze erfolge über ein Bewerbungsverfahren. Hier könnten nicht alle Bedarfe erfüllt werden, so dass ca. 150 Kinder auf einer Warteliste stünden.

Abschließend bittet KA Lessing um Mitteilung, wie viele Eltern, die einen integrativen Platz für ihr Kind benötigen, abgewiesen werden und wie sich die Frühförderung nach dem Übergang an den LVR aktuell darstelle. Zudem fügt er an, dass in der Vergangenheit dem Ausschuss regelmäßig eine Übersicht zur Frühförderung vorgelegt worden sei und erfragt, ob dies auch weiterhin möglich sei.

Das Leitungsteam teilt mit, dass der Bedarf an integrativen Plätzen mittlerweile sehr hoch sei. Zudem käme es regelmäßig vor, dass Eltern sich auf einen Regelplatz bewerben, diesen erhielten, das Kind aber doch einen Förderbedarf habe. Als Kindertagesstätte sei man jedoch bemüht allen Ansprüchen gerecht zu werden. Hinsichtlich des Übergangs der Frühförderung zum LVR kann mitgeteilt werden, dass dieser für die Kinder lautlos vollzogen wurde und man sich in einem guten Austausch befinde.

Herr Schäfer führt ergänzend an, dass bedingt durch den Wechsel zum LVR keine entsprechenden Daten mehr zur Verfügung stünden und daher die Vorlage der erwähnten Übersicht entfallen sei.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 7:	Weiterführung der ambulanten Krebsberatungsstelle für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 53/007/2025
--------------------	---

KA Rotert begrüßt Frau Rillig, Frau Schenk und Herrn Lübke von der PariSozial Essen gGmbH und übergibt ihnen das Wort. Im Anschluss folgt ein kurzer Vortrag über die Entwicklung, gesammelte Erfahrungen und Kennzahlen sowie eine Vorstellung der Tätigkeit der Krebsberatungsstelle für den Kreis Mettmann. Zudem wird ein Ausblick auf die geplanten Angebote der kommenden Monate gewährt. Die entsprechende PowerPoint Präsentation ist als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt.

Herr Kowalczyk dankt für den interessanten Vortrag und die geleistete Arbeit. Ergänzend fügt er an, dass es gegebenenfalls in den kommenden Jahren zu einer leichten Steigerung der angegebenen Kosten kommen könne, sofern sich Parameter verändern.

KA Bisani bittet um Mitteilung, ob mit der Krebsgesellschaft NRW zusammengearbeitet werde und ob das Landeskrebsregister NRW bekannt sei.

Frau Rillig führt aus, dass eine enge Zusammenarbeit und ein guter Austausch mit der Krebsgesellschaft NRW bestehe. Das Krebsregister sei bekannt, werde jedoch lediglich vereinzelt für Recherchezwecke verwendet.

Anschließend betont KA Lessing die Bedeutung der Arbeit der Krebsberatungsstelle und sichert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für eine Weiterführung zu. Zudem bittet er um nähere Informationen, wie Klientinnen und Klienten auf die Beratungsstelle aufmerksam werden bzw. ob direkt mit der Diagnose ein entsprechender Hinweis durch die behandelnde Ärztin bzw. den behandelnden Arzt erfolge.

Die Vertreter_innen der Krebsberatungsstelle führen aus, dass es sich hierbei um den Idealfall handle. Aus mehreren Gründen wie beispielsweise die Fluktuation der Mitarbeitenden inner-

halb der Praxen sei dies jedoch schwer umsetzbar. Man stehe jedoch in einem guten Kontakt zu den Krankenhäusern, um dort regelmäßig über das Angebot zu informieren.

KA Hruschka führt aus, dass mittlerweile ein gutes Präventionsnetz bestehe und die Heilungschancen deutlich besser seien als noch vor 20 Jahren. Ferner bittet sie um Mitteilung, inwieweit die Krebsberatungsstelle auch in den sozialen Medien aktiv sei und mit welcher Etatsteigerung man rechne.

Hierzu teilt Herr Kowalczyk mit, dass er aktuell von einer jährlichen Kostensteigerung von ca. 1000 Euro/ 1500 Euro ausgehe. Konkrete Zahlen lägen jedoch noch nicht vor und können erst zum Haushalt 2026 beziffert werden.

Herr Lübke fügt ergänzend an, dass die Kosten für dieses Jahr konstant blieben und sich eine mögliche Erhöhung erst ab dem Jahr 2026 ergebe. Zudem führt er aus, dass die Beratungsstelle auf sämtlichen Social-Media-Kanälen (Instagram, Facebook) vertreten sei und auch regelmäßig über Pressemitteilungen, Informationsstände etc. auf sich aufmerksam mache.

Frau Dr. Susenburger ergänzt, dass auch das Gesundheitsamt hier tatkräftig u.a. durch den Sozialpsychiatrischen Dienst (SPDi) unterstütze.

Auch KA Kirchhoff betont die Bedeutung der geleisteten Arbeit und bittet um Mitteilung, ob die Beratungsstelle ausgelastet sei bzw. ob noch weitere Klientinnen und Klienten aufgenommen werden können.

Die Vertreter_innen der Krebsberatungsstelle führen aus, dass niemand weggeschickt werde und man daher immer neue Klientinnen und Klienten aufnehmen könne. Grundsätzlich versuche man innerhalb von zehn Tagen nach Kontaktaufnahme ein persönliches Gespräch – zumindest telefonisch – zu führen. Die Beratungsdauer sei immer unterschiedlich und sehr individuell. Sollten die Beratungszahlen steigen, werde man Kontakt zur GKV aufnehmen, um weitere Stellenbedarfe zu erörtern.

Anschließend führt KA Geyer aus, dass voraussichtlich viele Beratungen telefonisch erfolgen und persönliche Beratungen in Mettmann möglich seien. Er regt daher auch regelmäßige Präsenzsprechstunden im Südkreis an. Hinsichtlich einer räumlichen Unterbringung seien sicherlich die Städte hilfsbereit.

Die Krebsberatungsstelle zeigt sich grundsätzlich offen für diese Idee. Der Wunsch nach persönlichen Gesprächen sei sehr groß. Man plane jedoch zunächst das zweite Jahr der Beratung abzuschließen. Eine mögliche Erweiterung des Angebots sei zudem immer mit einem höheren Personalbedarf und somit auch höheren Kosten verbunden.

Abschließend wird der Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die ambulante Krebsberatungsstelle über den externen Träger „PariSozial Essen gGmbH“ zu den dargelegten Rahmenbedingungen weiter zu betreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	Hitzeschutzplanungen im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 53/004/2025
--------------------	---

Herr Rheinschmidt (Abteilung 53-6, Gesundheitsschutz) und Herr Schmidt (Stabsstelle Klimaschutz) stellen die aktuellen Hitzeschutzplanungen im Kreis Mettmann mit Hilfe einer Power-Point Präsentation vor. Diese ist als **Anlage 2** der Niederschrift beigelegt.

Anschließend bittet KA Hruschka um Mitteilung, ob diese Planungen auch bereits der Bürgermeisterkonferenz (BMK) vorgestellt worden seien, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Zudem erfragt sie die Kosten für die Städte sowie geplante Maßnahmen zur Information der Bürger.

Herr Schmidt erläutert, dass ein enger Kontakt zu den Klimaschutzmanager_innen der Städte bestehe. Im Rahmen der Nachhaltigkeitskonferenz sei ein Austausch mit der BMK ge-

plant, so dass die Thematik Hitzeschutzplanungen dann ebenfalls nochmal aufgegriffen werden könne. Die Kosten zur aktuellen Erstversorgung (Merkblätter für Gesundheits- und Sozialwesen, Flyer, Klimarisikoanalyse, Erstellung der „KühleOrteKarte“, etc.) seien im Budget des Kreises veranschlagt. Sofern die Städte weitere Aktionen planen, liege deren Finanzierung in eigener Hand. Aktuell laufe primär die Information von vulnerablen Gruppen mit Unterstützung des Kreisgesundheits- sowie des Kreissozialamtes. Eine Veröffentlichung der „KühleOrteKarte“ sei für den Sommer sowie weitere Veranstaltungen – auch mit den Städten – für 2026 geplant.

Ergänzung: Eine „klassische“ Erstellung eines Hitzeaktionsplans (über eine dementsprechend beauftragte Agentur) wäre mit ca. 50-60.000 € pro kreisangehöriger Stadt anzusetzen gewesen, wenn der Kreis sich nicht dieser Aufgabe angenommen hätte. Wie dargestellt hätte dies aber auch eine reine Maßnahmenplanung beinhaltet und nicht eine dynamische umsetzungsbezogene Hitzeaktionsplanung bei der Maßnahmen im Prozess entwickelt und parallel situativ bzw. anlassbezogen umgesetzt werden, wie es der Vorgehensweise des Kreises entspricht.

Frau Dr. Susenburger ergänzt, dass man ferner versuche, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und die Kassenärztliche Vereinigung (KV) bei den Planungen mitzunehmen. Zudem seien Multiplikatorenschulungen u.a. für Lehrkräfte, Pflegepersonal usw. geplant.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9:	Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes - Vorlage Nr. 53/003/2025
--------------------	---

Frau Dr. Susenburger erläutert die Vorlage und geht insbesondere auf die erläuterte Betreuung der Studierenden ein. Insgesamt haben bis jetzt bereits 26 Studierende das Gesundheitsamt Kreis Mettmann kennengelernt. Die Rückmeldung der Studierenden zu beiden Wahlpflichtfächern sei sehr positiv gewesen. Es liege bereits eine neue Anmeldung für den zweiten Termin des Wahlpflichtfaches „Öffentliches Gesundheitswesen“ vor. Es werde zu diesem Wahlpflichtfach ein Imagefilm von der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen erstellt.

Ergänzend führt sie aus, dass bei den Apotheken im Kreis Mettmann Lieferengpässe zu verzeichnen seien. Dies sei jedoch nicht außergewöhnlich. Die Entwicklung werde beobachtet. Abschließend teilt Frau Dr. Susenburger mit, dass zwischenzeitlich der Tätigkeitsbericht 2024 der LOTT JONN Initiative Kindergesundheit des Sachgebiets Gesundheitsförderung vorliege, welcher über ([diesen Link](#)) bzw. folgenden QR-Code abgerufen werden kann.



KA Hruschka bittet um nähere Erläuterungen zu den geplanten Feierlichkeiten des LOTT JONN Jubiläums sowie zur aktuellen personellen Austastung des Zahnärztlichen Dienstes. Frau Dr. Susenburger teilt mit, dass zum 25-jährigen Jubiläum von LOTT JONN mehrere kleinere Aktionen geplant seien.

Ergänzung:

Geplant sind insgesamt drei Aktionen zu den Themenschwerpunkten Bewegung und seelische Gesundheit.

Bewegung: Umsetzung von zwei Aktionen

(1) Bewegungswürfel in Kindertageseinrichtungen

(2) Minisportabzeichen in der Kita (vor Ort – Angebot zur eigenverantwortlichen Durchführung)

Seelische Gesundheit: Planung einer Aktion

(1) in der Woche der seelischen Gesundheit vom 10.-20. Oktober – Motto der Woche ist „Psychisch fit in die Zukunft!“ - [Woche der Seelischen Gesundheit - Aktionsbündnis Seelische Gesundheit](#)

Das Team des Zahnärztlichen Dienstes sei ab April/ Mai dieses Jahres personell wieder besser aufgestellt, so dass dann eine deutlich höhere Untersuchungsquote angestrebt werden könne.

Abschließend bittet KA Rotert um Mitteilung, ob das Projekt „Inklu-Zahn“ perspektivisch noch weiter ausgebaut werden solle.

Hierzu teilt Frau Dr. Susenburger mit, dass eine Ausweitung grundsätzlich angestrebt sei, Pflichtaufgaben jedoch zunächst priorisiert durchzuführen seien.

Die Ausführungen der Verwaltung werden durch die Mitglieder des Gesundheitsausschusses zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 10: Zusatzvereinbarung Verhütungsmittelfonds - Vorlage Nr. 53/006/2025

KA Rotert verweist auf die Vorlage.

KA Lessing begrüßt die dargelegte Erweiterung des Verhütungsmittelfonds und die unbürokratische Handhabung

Abschließend wird der Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die „Vereinbarung zur Finanzierung und Abwicklung eines sog. Verhütungsmittelfonds im Kreis Mettmann“ mit den Schwangerschaftsberatungsstellen um eine Zusatzvereinbarung zu erweitern.

Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11: Bericht über die Entwicklung der Verwaltungsverfahren zur Feststellung des Grades einer Behinderung im Jahr 2024 - Vorlage Nr. 57/002/2025

KA Rotert verweist auf die Vorlage.

Anschließend bittet KA Hruschka um Mitteilung, inwieweit der dargestellte Prozess beschleunigt werden könne und wie viele Personen in diesem Bereich beschäftigt seien.

Herr Schäfer kann eine Beschleunigung leider nicht in Aussicht stellen. Die Anzahl an Erst- und Änderungsanträgen im vergangenen Jahr stelle mit 12.000 einen Höchstwert dar. Zudem bestehe weiterhin erheblicher Personalbedarf für den Bereich der Digitalisierung, der durch die Sachbearbeitung aufgefangen werden müsse. Zurzeit seien insgesamt 28 Personen in diesem Bereich beschäftigt. Es sei daher davon auszugehen, dass frühestens in einem Jahr ein normales Niveau wieder erreicht werden könne.

KA Lessing verweist auf die Zunahme an Klageverfahren um 28,1% und bittet um Mitteilung, ob diese vermeidbar seien.

Herr Schäfer führt aus, dass sich die Quote in einem Bereich befände, in dem sie vor der Pandemie bereits war. Der Anstieg der Antragszahlen im vergangenen Jahr komme hier jetzt ebenfalls zum Tragen. Auch im landesweiten Vergleich sei die Quote unauffällig. Klagen beruhen hier in aller Regel nicht auf einer fehlerhaften Ausgangsentscheidung, sondern auf neuen, ergänzenden oder aussagekräftigeren Befunden über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und ihrer Auswirkungen im Alltag. Verfahrensrechtlich müsse im Klageverfahren auf diese neuen Erkenntnisse reagiert werden.

Abschließend möchte KA Hruschka wissen, ob bedingt durch die lange Bearbeitungsdauer Überbrückungsgelder geleistet werden.

Dies verneint Herr Schäfer, da in der Regel keine Gelder ausgezahlt, sondern Nachteilsausgleiche wie beispielsweise die Befreiung von der Rundfunkgebühr gewährt werden. Diese Inanspruchnahme sei dann erst verspätet möglich. Ein entsprechender Ausgleich könne jedoch nicht erbracht werden.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 12: Infektionsschutzbericht 2024 - Vorlage Nr. 53/005/2025

KA Rotert verweist auf die Vorlage.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses nehmen den Infektionsschutzbericht 2024 zur Kenntnis.

Zu Punkt 13: Nachträge

Es liegen keine öffentlichen Nachträge vor.

Im Anschluss verabschiedet die Vorsitzende KA Rotert Herrn Schäfer als Leiter des Amtes 57 in den wohlverdienten Ruhestand und dankt ihm – auch im Namen der Mitglieder des Gesundheitsausschusses – für die gute Zusammenarbeit. Herr Kowalczyk schließt sich den Worten im Namen der Kreisverwaltung an und wünscht Herrn Schäfer für die Zukunft alles Gute.

Vor Eintritt in die Beratungen des nicht-öffentlichen Teils stellt die Vorsitzende KA Rotert die Nicht-Öffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 19:32 Uhr

gez.
Carola Rotert

gez.
Claudia Kaiser